

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 50/44. Jg.

11. Dez. 1931

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,  
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.— Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hag, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsgort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

## An die Mitglieder des Verbandes!

### WERTE KOLLEGEN!

Den Mitgliedern des Verbandes ist im Anschluß an den Verbandstag berichtet worden, zu welchen Maßnahmen die Delegierten auf Grund der gegebenen Unterlagen greifen und hierzu Beschluß fassen mußten. Die ungeheuerlichen Krisenwirkungen innerhalb unserer Berufe ließen die Arbeitslosigkeit in bis dahin unbekannter Weise anschwellen und die Ziffer der Beitragszahler mehr und mehr sinken. Den stark verminderten Einnahmen standen aber sehr erhöhte Ausgaben für die verschiedenen statutarischen Unterstützungszwecke gegenüber. Diese Unterstützungszweige, auf solidarischer Grundlage aufgebaut, deckten schon seit geraumer Zeit durch die Einnahmen nicht mehr die Ausgaben, so daß umfangreiche Mittel den Reserven des Verbandes entnommen und den Mitgliedschaften als Zuschüsse überwiesen werden mußten. Hinzu kommen noch die erheblichen Summen, die als Zuschuß zur Ausgeuertenerunterstützung ein Jahr lang aus zentralen Mitteln abgeflossen sind.

Der Verbandstag in Erfurt mußte deshalb als Notmaßnahme einen starken Eingriff in das Unterstützungswesen des Verbandes vornehmen. Dieses ist normalerweise tragbar. In der langdauernden Krise mit sinkenden Einnahmen droht aber bei Aufrechterhaltung der Unterstützungen den Reserven des Verbandes, die nur zum Teil für diese Unterstützungen aufgespart wurden, großer Verlust. Damit aber würde der Daseinszweck des Verbandes, die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder auf angemessener Höhe zu erhalten, in gefährlicher Weise berührt. Daß dieses nicht geschehen darf, hat der Verbandstag in klarer Weise durch seine Beschlüsse bekundet. Wie richtig die Stellungnahme: erst gewerkschaftliche Tätigkeit und dann Unterstützungen, gewesen ist, zeigen die Kämpfe auf dem Lohn- und Tarifgebiet, die seit dem Verbandstag ausgefochten werden mußten und gegenwärtig noch auszufechten sind.

Die rückläufige Entwicklung der Verhältnisse hat leider mit dem Verbandstag ihr Ende nicht erreicht. Nicht nur, daß seit dieser Zeit bis Ende Oktober die Zahl der Arbeitslosen sich von 6248 oder 29,9 Proz. auf 7900 oder 38,2 Proz. erhöhte, sondern auch die Kurzarbeit stieg von 3777 oder 27,5 Proz. auf 4441 oder 37 Proz. der noch in Beschäftigung stehenden Mitglieder. Das bedeutet einen weiteren empfindlichen Rückgang der Einnahmen. Und da der Zugang an Arbeitslosen hauptsächlich aus bezugsberechtigten Mitgliedern besteht, ist die vom Verbandstag erhoffte Entlastung der Arbeitslosenkasse nicht eingetreten. Dieser Unterstützungszweig erfordert deshalb immer noch starke Zuschüsse aus zentralen Mitteln. In gleicher Weise hat die Sanierung der Invalidenkasse keine Erleichterung geschaffen, weil der Zugang an neuen Invaliden den Abgang anormal übersteigt. Auch hier muß aus zentralen Mitteln noch ein größerer Zuschuß geleistet werden.

Die zunehmende Kurzarbeit mit ihren vielfachen Schwankungen hat gezeigt, daß unsere jetzige Methode in der Beitragszahlung, den Ausgleich mit Arbeitslosenmarken zu suchen, ebenfalls nicht aufrecht erhalten werden kann.

Mit den durch diese weitere Rückentwicklung auftauchenden Fragen beschäftigte sich am 18. November die Beiratssitzung des Verbandes. Das durch laufende Statistiken gewonnene Material und ein Bericht über den Stand der Kassen lag der Beratung zugrunde. In der langdauernden Aussprache wurden sowohl die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen als auch die unserer Berufe eingehend gewürdigt und mit den für uns sich entwickelnden Tatsachen verglichen. Es wurde auch hier erkannt, daß die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Verbandes erstes Erfordernis ist. Hinter diesen Zwang muß alles andere zurücktreten. Nach sorgsamer Prüfung der Verhältnisse der einzelnen Unterstützungskassen des Verbandes wurde folgender Beschluß gefaßt:

### Notmaßnahme.

Ab 27. Dezember tritt folgende Beitragserhebung in Kraft:  
Bei einem Bruttolohn bis 25 Mk.  $\frac{1}{4}$  Beitrag = 0,75 Mk.  
Bei einem Bruttolohn über 25 bis 40 Mk.  $\frac{1}{2}$  Beitrag = 1,50 Mk.  
Bei einem Bruttolohn über 40 bis 55 Mk.  $\frac{3}{4}$  Beitrag = 2,25 Mk.  
Bei einem Bruttolohn über 55 Mk. 1 Beitrag = 3.— Mk.

Die verschiedenfarbigen Beitragsmarken tragen neben den Werten noch die Bezeichnung  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{3}{4}$ . Bei Berechnung der Karenzzeiten müssen dann die geringeren Beiträge bis zu 3 Mk. zusammengerechnet und als Vollbeitrag bewertet und für die Karenzzeiten in Anrechnung gebracht werden. Von dieser Beitragseinnahme verbleiben den Mitgliedschaften 10 Proz. zur Bestreitung örtlicher Ausgaben. Ausgenommen sind hiervon die Beiträge der Mitglieder nach § 5 Ziffer 2a, b, c A.-B. zum Statut und die Beiträge zur Lehrlingsabteilung.

Da am 26. Dezember alle genehmigten Lokalbeiträge ablaufen, bitten wir die Mitgliedschaftsvorstände, unter Beachtung des § 5 Ziffer 2 des Statuts rechtzeitig entsprechende Anträge an den Verbandsvorstand zu richten. Dabei sind die neuen Beiträge zu berücksichtigen. Hierzu gehört folgender Beschluß des Verbandstages: Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben wird die Einführung von Lokalkassen in allen Mitgliedschaften dringend empfohlen. Der normale wöchentliche Beitrag darf — 30 Mk. nicht übersteigen.

Außer den Beiträgen zur Lokalkasse können ebenfalls unter Beachtung des Statuts Extrabeiträge erhoben werden. Der Verbandstag beschloß hierzu: In den Mitgliedschaften können nach Zustimmung des Verbandsvorstandes zeitlich befristete Extrabeiträge zur Unterstützung ausgeuerteter Mitglieder oder für besondere Notfälle erhoben werden.

Werden die statutarischen Vorbedingungen nicht erfüllt, so treten Schwierigkeiten in der Erhebung solcher Beiträge ein.

Die Arbeitslosenunterstützung muß um 25 Proz. gekürzt werden. Es gelangen anstatt wie jetzt 12.— Mk., dann noch 9.— Mark pro Woche zur Auszahlung. Dabei ändert sich an der Dauer der Unterstützung nichts, so daß die jetzigen Karenzzeiten gewahrt bleiben. Der im Unterstützungsbezug stehende Kollege erhält also die ihm nach § 14 I A.-B. zustehende Wochenzahl mit 9.— Mk. die Woche.

Die Krankenunterstützung bleibt in bisheriger Höhe erhalten. Bei Leistung von niedrigeren Beiträgen wird die Berechnung der Karenzzeiten in gleicher Weise wie bei der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen.

Die wöchentliche Invalidenunterstützung wird vorübergehend für jeden Empfänger um 2.— Mk. gesenkt. Der Verbandsbeirat weiß, daß diese Notwendigkeit hart empfunden werden wird. Sie dient aber der Erhaltung dieser Kasse. Eine Aufhebung der Maßnahme ist bei erhöhten Beitragseinnahmen in sofortige Aussicht genommen.

Im weiteren beschäftigte sich der Verbandsbeirat mit der Senkung der Verwaltungskosten um zirka 25 Proz. Die einzelnen Ausgabepositionen sind eingehend durchgeprüft worden. Alles nur irgendwie Entbehrliche wird vorübergehend eingeschränkt. Unter anderem wird auch ab 1. Quartal 1932 die „Graphische Technik“ und „Graphische Jugend“ nur noch alle zwei Monate erscheinen. Von einer weiteren Einschränkung des Umfanges der „Graphischen Presse“ mußte aus naheliegenden Gründen Abstand genommen werden. Die bisher üblichen Sitzungsentschädigungen sind für die Angestellten ganz in Wegfall gekommen und für die ehrenamtlich Tätigen auf die Hälfte herabgesetzt. Die gleiche Herabsetzung erfolgt für Ortsansässige für Tagessitzungen, die mit Aufwand verbunden sind. Schließlich tragen auch die Angestellten des Verbandes

in erheblicher Weise zur Einschränkung der Verwaltungskosten dahin bei, daß sie einen größeren Prozentsatz ihres Gehaltes dem Verbands zur Verfügung stellen. In ähnlicher Weise leisten auch die übrigen im Verbands tätigen Kräfte das ihrige zur Herabminderung der Verwaltungsausgaben.

Der Verbandsbeirat hat sich bei seinen Beschlüssen vor Augen gehalten, daß die Aufrechterhaltung gewerkschaftlicher Tätigkeit mehr denn je erforderlich ist. Er weiß, daß mit seinen Beschlüssen eine starke Belastung der vollarbeitenden Mitglieder herbeigeführt wird, während für kurzarbeitende Kollegen und für solche mit geringerem Lohneinkommen eine Erleichterung eintritt. Schwere Herzen wurde die Verringerung der Unterstützungen als Notmaßnahme beschlossen. Mit zunehmender Ziffer der Beitragszahler tritt automatisch eine Entspannung ein. Es steht also zu hoffen, daß in dem Umfang die jetzt beschlossenen Maßnahmen aufgehoben werden können, wie sich die Einnahmen des Verbandes bessern. Es wird deshalb von den Mitgliedern Verständnis für die gegenwärtige Lage und die aus ihr resultierenden Dinge erwartet.

Es ist ganz unverkennbar, daß die Unternehmerverbände, mit denen wir es zu tun haben, glauben, der Zeitpunkt sei gekommen, der Kollegschaft den Unternehmerwillen aufzuzwingen. Dazu werden nicht nur eigene publizistische Mittel in Anwendung gebracht, sondern auch alle Argumente derer, die die Lasten der verfahrenen Wirtschaft der Arbeiterschaft aufbürden wollen. Schon

wird versucht, die Abwicklung der Dinge so darzustellen, daß die Kollegen in den Betrieben mehr Verständnis für das Verlangen der Unternehmer auf Lohnabbau und Abbau der tariflichen Positionen hätten, als die Führer der Gewerkschaft. Vielleicht hofft man auf jener Seite Zwiespalt in unsere Reihen zu bringen. Man glaubt dann, um so besser die eigenen Geschäfte erledigen zu können, die kritischer Untersuchung nicht standhalten.

Es gilt deshalb mehr denn je, die Reihen zu schließen, um den vereinigten Ansturm der Unternehmer abzuschlagen. Die Mitglieder des Verbandes haben in der Vergangenheit mehr wie einmal heiß und bitter um ihre Positionen im Arbeitsverhältnis kämpfen müssen. Den Unternehmern muß jetzt der Glaube ausgetrieben werden, daß sie bei kraftvollem Auftreten leichtes Spiel mit uns hätten. Wir fordern deshalb die Mitglieder auf, sich im eigenen Interesse den Beschlüssen der leitenden Körperschaften des Verbandes zu fügen und vereint mit uns den Verband, seine Einrichtungen und damit die Existenz der Kollegen über die Gefahren der gegenwärtigen Zeit hinüberzubringen. Hierzu muß jeder einzelne tun, was er nach seinen Kräften tun kann. Stehen wir zusammen, so werden wir auch in wirtschaftlich ungünstiger Zeit als Kampfgeübte und Kampferprobte uns nicht unterkriegen lassen.

*Tue jeder seine Pflicht!*

Berlin, Dezember 1931.

**Der Verbandsvorstand.**

## Abtreten!

In dem Jahrfünft 1924 bis 1928 sind in der deutschen Wirtschaft nach einer ersten Untersuchung des Institutes für Konjunkturforschung 67,8 Milliarden Mark an neuem Kapital angelegt worden. Davon sind abgezogen 13,6 Milliarden Mark, um die sich in dieser Zeit die Auslandsverschuldung vergrößert hat. Zu gleicher Zeit haben aber deutsche Kapitalisten rund 10 Milliarden im Ausland angelegt. Diese 10 Milliarden stellen nur den offiziell bekannten Betrag vor. Unbekannt ist, was in diesem Zeitraum regelrecht verschoben wurde. Demnach betrug die Kapitalneubildung in diesen 5 Jahren rund 64 Milliarden Mark, das sind im jährlichen Durchschnitt 13 Milliarden.

In einer Reihe von Untersuchungen ist festgestellt worden, daß in der Zeit vor dem Lohnabbau das Jahreseinkommen an Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland 33 Milliarden Mark betrug. Da in den Jahren 1924 bis 1926 Löhne und Gehälter wesentlich niedriger waren, ist der Durchschnitt dieses Jahrfünfts höchstens auf 30 Milliarden Mark anzusetzen. Die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft hat also durch ihre Arbeitsleistung nicht nur für die Erhaltung eines ungeheuren Trosses wohllebender Schmarotzer sorgen müssen, sondern sie schuf auch noch, im Verhältnis zu ihrem Lohneinkommen, in diesen fünf Jahren 43 Proz. an Mehrwert.

Was wußten nun die „Wirtschaftsführer“ mit diesem ungeheuren Reichtum anzufangen? Wir wissen, die privatkapitalistische Wirtschaft muß immer zu Krisen führen, diese sind im System bedingt. Es wäre deshalb falsch und irreführend, wollten wir die Krise, die heute die deutsche Arbeiterklasse und die Arbeitsklasse der ganzen Welt schüttelt, allein auf das Versagen bestimmter Personen zurückzuführen. Würde das Geltung haben, so brauchte man ja nur die Unfähigen durch Fähigere zu ersetzen. Trotzdem aber haben wir ein Recht darauf und die Pflicht, uns die deutschen „Wirtschaftsführer“ näher anzusehen. Es ist für sie kein erfreuliches Kapitel, das sich in den Sommer- und Herbstmonaten dieses Jahres aufgerollt hat. Und wenn sich ihre Schreibmittel nie noch so sehr bemühen, die Mohren weiß zu waschen, was sich da an Unfähigkeit, Korruption und nationaler Vermögenserhaltung (lies Kapitalverschlebung) aufzut, muß immer wieder aufgezeigt werden.

## Eine kleine Revue

Lassen wir alle Vorläufer weg und nennen nur die wichtigsten seit Mai d. J.

Mitte Mai brach die österreichische Kreditanstalt unter Führung des Herrn Rothschild zusammen. Der Staat sozialisierte die Schulden.

Die Septemberwahl hatte schon im Frühjahr d. J. zu bedeutenden Geldabflüssen geführt, die sich so verschärften, daß die Reichsbank Ende Mai die Reichsmark stützen mußte.

Zur selben Zeit brach der Nordstern-Versicherungskonzern zusammen. Die Verluste beziffern sich auf 28 Millionen Mark.

Wenige Tage darauf kamen die ersten Gerüchte von der Danabank.

Am 10. Juni wurde der Nordwolle-Skandal bekannt, bei dem sich etwa einen Monat später ein Gesamtverlust von 200 Millionen Mk. herausstellte.

Mitte Juni betragen die Devisen- und Goldverluste der Reichsbank bereits über eine Milliarden Mark.

Einen Monat später bricht die Danabank zusammen. Das Reich sozialisiert mit 300 Millionen die Schulden.

Am 20. Juli schließt die Schröder-Bank ihre Schalter mit den schwersten Verlusten aller Gläubiger.

Zur selben Zeit ist es notwendig, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt durch eine Fusion mit der Sächsischen Staatsbank zu retten. Der sächsische Staat muß fast sein halbes Vermögen als Sicherheit geben.

Wieder einige Wochen später bricht die Immobilien-Bank in Leipzig zusammen. Das gesamte Aktienkapital ist verloren. Die gehässigsten Gegner der Gemeinwirtschaft verlangen Sozialisierung der Schulden.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ leiten einen Konkursbericht mit folgenden Worten ein: „Die böse Mißwirtschaft, die bei der in Konkurs befindlichen Maschinenfabrik Kappel AG. in Chemnitz getrieben wurde ...“ Verlust 3,6 Millionen, das ist mehr wie das Aktienkapital.

Ein anderer Zeitungsbericht: „Die polizeiliche Untersuchung bei der vor einigen Tagen mit 4,2 Millionen Mark Defizit zusammengebrochenen Berliner Bankfirma Max Markus & Co. ergab eine ungläubliche Mißwirtschaft in der Verwaltung dieser Bank.“

Die Hausbesitzer-Bank in Berlin bricht zusammen. Der leitende Direktor Seiffert ist verschwunden. Er soll nach Zeitungsnachrichten noch kurz vorher 150 000 Mk. von einer anderen Bank abgehoben haben. Die Passiven betragen 60 bis 75 Millionen Mark.

Die ungläublichen Schweinereien im Schultzeiß-Patzenhofer-Konzern harren noch der endgültigen Aufklärung. Einer der Hauptschuldigen wurde für 100 000 Mark Kaution auf freien Fuß gesetzt. Kapitalisten haben es gut. Ein Hungeriger, der ein Brötchen stiehlt, hat diese Aussichten nicht.

## Hyänen — Gauner

Der Zusammenbruch der Frankfurter-Versicherungs-AG. führt zu einem umfangreichen Prozeß. Was dabei ans Tageslicht kommt, veranlaßt sogar ein Blatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu folgendem Ergruß:

„Aber das Schlimmste an diesen Skandalen, das Aufreizendste ist, wie im Favag-Falle, die persönliche Bereicherungssucht der führenden Männer. Neben Bezügen, die wahrlich nicht unbescheiden aus eigener Machtvollkommenheit auf eine Höhe festgesetzt worden sind, die weniger ihren Leistungen angepaßt waren, als dem äußeren Prestige des Unternehmens, neben diesen Riesengehältern — Generaldirektor Dumcke bezog 350 000 RM. und die Direktoren Becker und Schumacher erhielten je 175 000 RM. feste Gehälter — bedachte sich diese Clique mit Liebesgaben, die in wenigen Jahren die Summe von mehr als drei Millionen ausmachten. Herr Dumcke erhielt z. B. in fünf Jahren nebenbei noch die Kleinigkeit von 760 000 RM. und Herr Becker gar eine runde Million.“

Das Unternehmerorgan schrieb, es war kein Wort wahr von dem, was ich über die Riesengehälter vor einigen Monaten schrieb. Es wendet ein, daß ich den Generaldirektor Dumcke und seine Spießgesellen nicht genannt habe. Richtig, es kann mir ja auch nicht alles bekannt sein. Und das meiste davon geht ja an und für sich unter. Aber in der Zwischenzeit wurde ja selbst in öffentlicher Reichstagsitzung das wesentlichste von dem bestätigt, was ich seinerzeit über die Reichsbahn gesagt habe. Möglich, daß die bürgerliche Presse das unterschlägt und der Schreiber im Schleifstein nichts davon weiß.

Ähnliche oder noch größere Fälle gibt es auch in kleinen Betrieben und in unserm Gewerbe. Da ist in Leipzig eine Firma mit zirka 40 Arbeitern. Der Prokurist konnte dort 80 000 Mk. unterschlagen, ohne daß der Inhaber etwas davon merkte. Das wurde erst entdeckt bei der Revision durch einen Steuerbeamten. Da muß klitzig Geld verdient werden, wenn in einem so kleinen Betrieb der Inhaber von einer so beträchtlichen Summe nichts merkt. Das sind nicht weniger wie rund 30 Wochenlohnsommen, die hier unterschlagen wurden. Aber das Gewerbe ist „notleidend“. Es ist mir ein noch viel unglücklicherer Fall bekannt, bei dem der Betrag wesentlich höher ist. Ich kann aber hier nichts näheres sagen, weil ich sonst meinen Gewährsmann der Rache einer edlen Seele ausliefern würde.

## Überfluss und Hunger

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb kürzlich:

„Fast täglich treten an uns Berichte heran, die mit Befremden konstataren, welch üppiges Leben insolvente Unternehmer und gescheiterte Konzernkönige noch zu führen in der Lage sind. Persönlichkeiten, die ihren Gläubigern Millionenbeträge schuldig geblieben sind oder die als Leiter von Aktiengesellschaften an der Herbeiführung von Konzernskandalen aktiv mitgewirkt haben, werden bald in erstklassigen Restaurants, bald auf teuren Theaterplätzen gesehen, oder man weiß, daß sie nach wie vor in der Lage sind, pompöse Haushaltungen in schloßartigen Villenkomplexen aufrechtzuerhalten. Mit welchen Mitteln führen diese Leute ein solches Leben?“

Eine etwas naive Frage der Frankfurterin am Schluß. Die nun ein üppiges Leben führen, haben sich doch gegenseitig jahraus, jahrein Riesengehälter, Tantiemen und sonstige Liebesgaben bewilligt, wie sich aus dem Favag-Prozeß ergibt. Oder sie haben geschickte Transaktionen mit Aktien zu ihren Gunsten und zu Lasten ihrer Gesellschaften, denen sie vorstanden, getrieben. Sie haben auch, weil sie notleidend sind, jahrelang keine Steuern bezahlt und ihr Geld im Ausland in Sicherheit gebracht.

Während so die Gauner prassen, leidet auf der anderen Seite das Proletariat eine ungeheure Not. Noch immer wird das Brechen der kapitalistischen Welt fortgesetzt. Aus Kaffeebohnen werden neuerdings Briketts gepreßt und verfeuert. Weizen wird nicht geerntet, sondern wird in die Erde hineingepflügt. Baumwollplantagen werden vernichtet und die trotzdem nicht absetzbare Menge dem Markt entzogen, damit der Preis steigt. Die Kapitalverschlebung nehmen kein Ende. Wieder nur 2 Beispiele:

Die Thüringer Kammgarnspinnereien haben einen Abgesandten nach Holland geschickt, um dort über Finanzierungsmöglichkeiten zu verhandeln.

Der Direktor einer holländischen Großbank äußert sich wie folgt:

„Millionen und aber Millionen sind von den Deutschen in Holland und täglich gehen noch Millionen Mark über anderes Ausland in Holland ein. Dabei geben wir keinen Pfennig Zinsen an die Deutschen und keinen Cent Zinsen an die Holländer. Wir sind sogar so weit, daß wir für das Behalten der enormen Geldmengen etwas berechnen. Die deutsche Regierung könnte mit dem Geld, welches sie (die Holländer) gar nicht haben wollten, die ganze deutsche Wirtschaft in Gang bringen.“

Und das „Berliner Tageblatt“ schreibt in den letzten Tagen:

„Die am besten mit der Höhe des deutschen Auslandskapitals vertrauten Londoner Bankiers weisen in letzter Zeit wiederholt darauf hin, wie überrascht vermutlich die Reichsbank sein würde, wenn sie mit Hilfe einer Umfrage bei den ausländischen Banken die Höhe der deutschen Auslandskonten erfähre.“

Und um all diese Gemeinheiten, Unfähigkeiten und Niederträchtigkeiten zu verbergen und um über das Schlamassel hinweg zu kommen, liebäugeln nicht wenige mit der „Binnenmark“ der Harzburger Front. Es soll ein besonderes Geld geschaffen werden für den Inlandsverkehr. Papierfetzen, wie zur gelobten Zeit der Inflation, mit denen man die Arbeiterklasse entlohnen will, währenddem den Besitzenden, wie damals die Devisen, so jetzt die Mark, für den Auslandsverkehr als ihr Zahlungsmittel dienen soll. Und mit einer Stirn, deren Unverschrämtheit bewundernswürdig ist, wagt man, das dem Proletariat zu bieten.

Prolet greif zu. Wenn du willst, kannst du dir dieses Geschmeiß vom Halse schaffen. Abtreten! Wir wissen, es geht nicht freiwillig, aber wir schreien es so lange hinaus, bis der letzte begriffen hat, daß der Zwang hierzu eine unerbittliche Notwendigkeit ist.

*Christian Ferkel.*

## 2. Tagung des Bundesausschusses des ADGB.

I.

Am 25. November 1931 trat der Bundesausschuß des ADGB. im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers Stellung zu nehmen, in der er vom Standpunkt der Reichsregierung aus am Montag die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates zusammenfaßte.

### Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates.

Leipart gab bei Eröffnung der Beratungen sofort Graßmann das Wort, der zusammen mit Eggert den ADGB. im Wirtschaftsbeirat vertreten hat.

Graßmann betonte einleitend, daß der Wirtschaftsbeirat infolge seiner unparitätischen Zusammensetzung — 20 Vertreter der Industrie und Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks und nur 6 Vertreter der Arbeiter und Angestellten — selbstverständlich gar nicht in der Lage war, Beschlüsse zu fassen. Die Leitsätze, die der Reichskanzler in der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates vortrug, sind daher in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates, sondern Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates gezogen hat. Weder die Vertreter der Gewerkschaften, noch auch, sicherem Vernehmen nach, gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Leitsätze zu setzen.

Graßmann gab dann in großen Zügen einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates, der ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sächlichen Gegensätzen bot, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im eigenen wohlverständlichen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandten, bekannte sich die Industrie, unter dem ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorleistung der Preise bereits erfolgt sei; schon seit geraumer Zeit sei ein Absinken der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Ländern, die bisher günstiger gestellt gewesen seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müßten so gestaltet werden, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch der Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Gegenüber dieser Auffassung, die von Seiten der Arbeitgeber nicht erst seit gestern vertreten wird, haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Arbeitgeber eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhüten, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglicher werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind. Es komme auf den Reallohn an. Da die Preissenkung aber durch den Lohnabbau mehr als

ausgeglichen sei, könne man schon für die vollbeschäftigten Arbeitnehmer von einem Sinken des Reallohnes sprechen. Erst recht gelte das für die Kurzarbeiter. Diese Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Nichts sei in den letzten Jahren gegen die unerträglichen Preisspannen geschehen. Gegen ausländische Schutzzölle ist die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe. Die Ursachen der wirtschaftlichen Not in Deutschland seien ganz anderer Art. Sie können mit diesen Mitteln nicht behoben werden. Jede weitere Schwächung der Kaufkraft müßte im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf das schärfste bekämpft werden.

Anschließend ergänzte Eggert den Bericht Graßmanns durch folgende Ausführungen. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden. 25 an der Weltwirtschaft beteiligte Länder haben ihre Währung vom Golde losgelöst. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verschleierte Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt es daran, daß England in größerem Maße Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Dagegen hat Deutschland nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche. Die Frage steht daher so, ob Deutschland den Weg der Inflation gehen kann oder nicht. Luther hat sich mit äußerster Energie gegen den Gedanken einer neuen Inflation gewandt. Es würde sofort ein Run auf die Banken einsetzen. Der Kampf um diese Frage endete im Wirtschaftsbeirat daher mit einer Zusicherung von Krediten, wenn konkrete und sichere Aufträge vorlägen.

Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 v. H. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangle es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die deutsche Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweise. Auf diesen Einwand wurde geantwortet, das treffe nur für die Zeit vor dem Pfundsturz zu.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Persönlichkeiten der gegnerischen Seite Verständnis für diese Aufgabe zu bestehen. So wurde z. B. von schwerindustrieller Seite erklärt, daß die Preissenkung für Eisen und Kohle der Lohnsenkung prozentual entsprechen müsse. Indessen die Preissenkung dieser Erzeugnisse wie die Senkung der Kartellpreise ist nach Auffassung der Gewerkschaften für die Lebenshaltungskosten fast bedeutungslos. Es kommt darauf an, die übersetzten Handelsspannen zu verringern, da die Landwirtschaft nur auf wenigen Gebieten eine Preissenkung vornehmen kann.

Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und, wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten das sei Aufgabe der Verbände.

Die Kontroversen im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Anwesenheit der Vertreter des ADGB. zur Abwehr der Unternehmerpläne notwendig gewesen ist.

In den Ausführungen, mit denen Leipart die Aussprache eröffnete, wies er darauf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Vorstandes der Reichstagsfraktion über die Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit Brüning. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten ha-

ben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Arbeitgeber nichts Neues gelehrt. Die Arbeitgeber wollen zurück auf das Lohnniveau von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Arbeitgeber zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung. Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Teilstreiks, die unter gewerkschaftlicher Führung in der letzten Zeit durchgeführt worden sind, deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften keineswegs gesonnen sind, auch unter den gegenwärtigen Umständen auf das letzte Kampfmittel zu verzichten.

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Das zur Erörterung stehende Problem muß im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Eine solche Erhöhung aller Unkosten wird schließlich auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Lohndumping entgegengesetzt. Das aber heißt wieder alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Dieses Moment muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge. Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesausschuß mit größter Entschiedenheit. Unter keinen Umständen darf sich die Regierung dazu ergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnen, wenn diese geltend machen, daß die „Veränderung der Geschäftsgrundlagen“ eine Änderung der Verträge bedingen.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichskanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf. Er führt unvermeidlich zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und einer Zuspitzung der politischen Situation. Die folgende Entschließung faßt das Ergebnis der Aussprache zusammen und wurde vom Bundesausschuß einstimmig angenommen:

„Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stundenwoche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.“

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preissenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochschutzzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preissenkung durch währungspolitische Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rücksichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenelend geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiteren notwendigen Preissenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

# VERBAND UND BERUF

## Bekanntmachung

Auf Antrag der Mitgliedschaft *Freiburg i. B.* hat der Verbandsvorstand den Lithographen *Ernst Stürtz*, Buch Nr. 34472 gemäß § 6 Absatz 2a der Satzungen aus dem Verbands ausgeschlossen. — Auf Antrag der Mitgliedschaft *Düsseldorf* wurde der Chemigraph *Rudolf Tuchlinsky*, Buch Nr. 68024 wegen Sperrbruch aus dem Verbands ausgeschlossen. — Auf Antrag der Mitgliedschaft *Frankfurt a. d. O.* wurde der Stein-drucker *Erich Müller*, Buch Nr. 66599 wegen Streikbruch in einer nicht tarifreifen Anstalt in Kottbus aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.

## Die Kündigung des Chemigraphentarifs vollzogen

Was schließlich von jedem Kollegen angenommen worden ist, wurde Tatsache: Der Tarif für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe ist gekündigt worden. Und zwar von beiden am Tarif beteiligten Unternehmerverbänden. Der Bund chemigraphischer Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien kündigte mit folgender Begründung: „Wie bereits . . . mitgeteilt, sehen wir uns, da noch nicht klar erkennbar ist, ob der Ausgang der Verhandlungen unseren Wünschen Rechnung trägt, genötigt, den Tarif für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe zum 31. Dezember d. J. vorsorglich zu kündigen. — Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Kündigung lediglich eine formale ist und daß die Verhandlungen beider Parteien die Beibehaltung des Tarifes ermöglichen werden,“ während der Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer schreibt: „Da die bisherigen Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt haben, sehen wir uns zu unserm Bedauern veranlaßt, auf Grund der Bestimmungen des § 28 den Tarifvertrag mit Wirkung zum 31. Dezember d. J., soweit das Lichtdruckgewerbe in Betracht kommt, zu kündigen.“

Wie gesagt, die Tarifkündigung durch die Unternehmer ist von den Kollegen sicher erwartet worden. Nach Lage der Dinge war auch gar nichts anderes zu erwarten. Denn daß die angesetzten Tarifverhandlungen nach Lage der Dinge ein entscheidendes Ergebnis nicht bringen würden, war ebenfalls vorauszusehen. Die Dinge liegen doch für jeden Kenner der Verhältnisse so: Es wäre besonders für das Chemigraphiegewerbe, eine wesentliche Erschwerung der gewerblichen Existenzmöglichkeit, wenn zu den sonstigen gewerblichen Schwierigkeiten auch noch solche aus der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfenschaft hinzukämen. Aber die Unternehmer meinen, die allgemeine Wirtschaftslage und die mangelnde Beschäftigung der Betriebe erzwingen einen Abbau der Löhne und der sonstigen tariflichen Positionen. Sie meinen, daß nur so der Krise beizukommen und den Betrieben zu helfen sei. Wir haben schon wiederholt dargelegt, wie falsch die angebliche Krisenbekämpfung der Unternehmer ist und was eigentlich getan werden müßte. Es kommt darauf an, den Käufer kaufkräftig zu machen! Das wird aber nie erreicht mit Lohn- und Gehaltssenkung. Deshalb lehnt die Arbeiterschaft jeden Abbau der Löhne und der Arbeitsbedingungen rundweg ab und deshalb sind auch der Kollegenschaft die Tarifanträge der Unternehmer keine Grundlage zum Neuausschluß des Tarifes.

Da die Gehilfenschaft für den Abschluß eines neuen Tarifes ist, wenn eine erträgliche Basis gefunden wird, harzt sie der weiteren Dinge. Vorläufig befinden sich die Tarifverhandlungen noch im Stadium der Kommissionsberatungen. Ob diese Beratungen ein Ergebnis bringen werden, das auch der Gehilfenschaft die Möglichkeit eines Tarifabschlusses gibt, ist noch so fraglich wie am ersten Tage. Die Gehilfenschaft ist für einen Tarifvertrag, wenn er einen erträglichen Interessenausgleich bietet, sie wird aber ebenso ihren Weg gehen, wenn ein solcher Ausgleich nicht zu finden

sein sollte. Vorläufig stehen die Dinge immer noch so, daß mit einer tariflosen Zeit zu rechnen ist, die durch die Tarifkündigung in nächste Nähe gerückt worden ist. Denn nach der erfolgten Tarifkündigung durch die Unternehmer läuft der Tarif am 31. Dezember ab. Aber bis dahin dürfte kaum ein endgültiges Ergebnis der Verhandlungen zu erwarten sein, es sei denn, daß die Unternehmer hartnäckig auf ihren Forderungen bestehen und die Kommissionsverhandlungen in die Luft fliegen. Wie dem aber auch sei:

Die Kollegen tun gut, sich auf eine tariflose Zeit einzustellen.

## Dank und Gelöbnis

Die zahlreichen herzlichen Glückwünsche, die mir zu meinem 25jährigen Jubiläum als Angestellter unseres Verbandes übermittelt wurden, haben mir dessetwegen so viel Freude gemacht, weil sie beweisen, daß Treue und Anerkennung doch kein leerer Wahn sind. Wenn ich auf diesem Wege allen Kollegen und Freunden für ihre Glückwünsche meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck bringe, dann soll dieser Dank gleichzeitig verbunden sein mit dem Gelöbnis, auch fernerhin meine ganze Kraft für die Interessen der Kollegen einzusetzen und zu wünschen, daß die Berufskollegenschaft auch in der Zukunft in bewährter Treue die Fahne des Verbandes hochhält. *Max Gragen.*

## Leipzigs Chemigraphen, Licht-, Tief- und Kupferdrucker zu den Tarifverhandlungen

Am 21. September nahmen die Kollegen Leipzigs Stellung zum Ablauf des Tarifes. In eingehender Weise wurde sowohl die allgemeine als auch die Lage im Berufe besprochen. Mit der Tagesordnung: „Wie sieht der Bund chemigraphischer Anstalten die Situation im Gewerbe und was haben wir dazu zu sagen“, war dem Gehilfenkreisvertreter in der am 12. stattgefundenen überfüllten Versammlung Gelegenheit gegeben, die Ansicht der Gegenseite zu Gehör zu bringen. Als Grundlage dienten ihm die Anträge der Unternehmer und ihre Ausführungen bei den Beratungen des Tarifausschusses am 19. 11. 31. Oft von ironischen und entrüsteten Zwischenrufen und bei dem Antrag (Syndziararbeit?), der unbezahlte Nach- und Strafarbeit fordert, von minutenlangem Lachen unterbrochen, zeigt Kollege Büchner, wie die Unternehmer sich die Überwindung der Krise denken. Auch die Gegenüberstellungen von Löhnen, Preisen und Unkosten von 1914 und jetzt, lösten Widerspruch aus, weil die gänzlich veränderte Arbeitsweise und enorme Leistungssteigerung nicht in Rechnung gestellt ist. In der lebhaften Diskussion wurde der trotz „hoher Löhne“ gemachten Gewinne gedacht, wofür zwei markante Beispiele angedeutet wurden und das Bestreben der Unternehmer, jedes Risiko durch Entlassungen, Kurzarbeit, Veränderung der Arbeitszeit, Lohnabbau und Antreiber einseitig den Gehilfen aufzuwälzen, gekennzeichnet. Verständnis für die allgemeine Lage sei vorhanden, aber die eingeschlagenen Wege führen zur Verbitterung und damit zur Leistungsminderung. Gegen den Lohnabbau wurde gemeinsames Vorgehen der graphischen Verbände und ein Eingreifen des ADGB gefordert und das bisherige Verhalten kritisiert. Trotzdem die „den Unternehmern vom Geschick auferlegte schwere Sorge, die Arbeitsplätze zu erhalten“ sich in Leipzig dahin ausgewirkt hat, daß jeder zweite Kollege arbeitslos ist, erklärten sich arbeitslose wie beschäftigte Kollegen für unbefriedigt von dem Gang der Verhandlungen und rechnen mit einer tariflosen Zeit.

## Den Unternehmern zur Kenntnis

Am Freitag, dem 4. Dezember traten die arbeitslosen Kupfer- und Tiefdrucker Berlins zu einer Besprechung der beruflichen Lage und des Standes der Tarifverhandlungen zusammen. Die Versammelten gaben ihrer Empörung Ausdruck über die Anträge der Unternehmer zu den Tarifverhandlungen, wie über die Arbeitsverhältnisse

in den Betrieben. Die Arbeitslosen sind der Meinung, daß zur Linderung ihrer großen Not eine entschiedene größere Zahl Arbeitsloser als Aus-hilfen beschäftigt werden könnten, wenn man nur wollte. Die Enttäuschung der Arbeitslosen über den Gang der Tarifverhandlungen war aus allen Ausführungen überdeutlich wahrnehmbar. Der un-gebrochene Kampfesmut der Arbeitslosen zur Bes-serung des Bestehenden sprach sich in folgen-der Entscheidung aus:

„Die Arbeitslosen der Berliner Tiefdrucksparte haben von dem Gang der Tarifverhandlungen sowie dem Lohnangebot der Unternehmer Kenntnis genommen.“

Die Arbeitslosen sind nicht der Ansicht, daß der Lohnabbau in größerem Maße und die daraus folgende verminderte Kaufkraft der Massen geeignet sein können, unsere Produktionsstätten wieder in Gang zu bringen! — Die Arbeitslosen wehren sich ganz energisch gegen jede Herabsetzung der Löhne und sehen in einer verminderten Arbeitszeit mit Einstellungszwang die einzige Lösung, den Arbeitslosen zu helfen.

Die Arbeitslosen haben ferner den Mut und den Willen, den Kampf um ihre Berufsexistenz zu wa-gen und vor keinem Opfer zurückzuschrecken!

Vom Verbands- bzw. Mitgliedschaftsvorstand verlangen die Arbeitslosen, daß endlich der Kampf aufgenommen und mit dem Kuhlhandel Schluß gemacht werde, damit nicht die Gehilfenschaft des Tiefdruckes in ihrer Lebenshaltung hinter die eines Kulis gerät!

Die Versammlung weist darauf hin, daß es un-möglich im Sinne der Volkswirtschaft liegen könne, wenn die Unternehmerschaft unseres Berufes ihre Paläste auf dem Elend ihrer lohnabgebauten Ge-hilfenschaft gründe.“

## Betriebsratswahl in der Reichsdruckerei

Unter den denkbar ungünstigsten Zeit- und Be-triebsverhältnissen fand am 2. Dezember die Neu-wahl der Betriebsvertretung der Reichsdruckerei statt.

Schon seit Mitte des Jahres sind in ununterbrochener Reihenfolge bis in die laufende Woche Entlassungen von ungefähr 1100 Arbeiterinnen und Arbeitern erfolgt. Dies wirkte naturgemäß sehr deprimierend auf die gesamte Arbeiterschaft. Hin-zu kam auch noch, daß für verschiedene Betriebs-werkstätten Kurzarbeit zur Vermeidung von wei-teren Entlassungen durchgeführt werden mußte. Zu allem Überfluß wurde nun auch noch am 28. November für das Buchdruckgewerbe ein Lohn-abbauschluß gefällig, der im Falle der Ver-bindlichkeitserklärung auch für die Reichsdruckereiarbeiterschaft Geltung haben würde.

Die Kommunisten benutzten diese bedauerli-chen Notzustände zu wüsten Angriffen auf die Ge-werkschaften, die SPD, und sämtliche großen und kleinen „Bonzen“. Nur diesen wurde die Schuld an der Wirtschaftskrise, den Entlassungen und dem Lohnraub gegeben. Aber trotz aller Anstren-gungen gelang es den Kommunisten nicht, ihre Mandatazahl zu erhöhen. Nur die Christen ge-wannen einen Sitz im Arbeiterrat, der den freien Gewerkschaften leider verlorenging.

Von den 17 Sitzen im Betriebsrat behaupten die freien Gewerkschaften 11 Sitze, die RGO 5 Sitze, die Christen 1 Sitz. Im Arbeiterrat sind die freien Gewerkschaften mit 9 Sitzen, die RGO mit 5 Sitzen und die Christen mit 2 Sitzen vertre-teten. Für den Angestelltenrat war nur eine frei-gewerkschaftliche Liste eingereicht worden, die somit als gewählt galt. Der Angestelltenrat zählt 8 Mitglieder, von denen 3 dem Betriebsrat ange-hören.

Unter Berücksichtigung der äußerst schwie-ri-gen Verhältnisse können wir feststellen, daß sich die freien Gewerkschaften bei der diesjährigen Wahl allen Angriffen zum Trotz glänzend behauptet haben. Von den Entlassungen wurden die ge-werkschaftlich besonders gut organisierten Ar-beitergruppen am stärksten mit betroffen. Dies hat die Position der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gegenüber den „revolutionären Un-organisierten“ und der christlich organisierten Ar-beiterschaft ebenfalls geschwächt. Aber alle An-strengungen haben die gewerkschaftliche Vor-machtstellung nicht erschüttern können.

## Tonschneidemaschine

für Xylographen (auch kleines Modell) zu kaufen gesucht. Offerten unter G. J. 34 an die Expedition der „Graphischen Presse“.

## FACHLITERATUR!

Praktikum des Stein- und Zinkdruckes von Witte. Preis inklusive Nachnahme 10.40 RM.

Die Erfindung der Lithographie von F. Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0.80 RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig